

Aufbruch

Grundeinkommen und Ökobonus. Konkrete Riesenschritte *

Die Linke in Deutschland lebt zu sehr mit untergegangenen Wahrheiten. Sie hält Konzepte hoch, die nicht mehr realitätstüchtig sind. Zugleich gibt es in der Linken jedoch immer wieder exzellente Vorschläge, ideenreich, solide und meist penibel durchgerechnet. Das Modell einer solidarischen Einfachsteuer – im Auftrag von *Attac* und der Dienstleistungsgewerkschaft *ver.di* von einer Expertengruppe entwickelt – gehört dazu. Ein Konzept – ebenso gut wie ohne Wirkung. Es wurde der Öffentlichkeit präsentiert und spielt seither in der politischen Auseinandersetzung leider keine Rolle mehr. Es gibt andere Beispiele: Noch vor drei Jahren war der Mindestlohn kein Thema. Heute ist diese Forderung nicht mehr wegzudenken von der offiziellen politischen Agenda. Ähnlich geht es mit einem ganz anderen Thema: Grundeinkommen. Auch dieses erntet öffentliche Resonanz, ist aber noch nicht voll angekommen.

So unterschiedlich diese drei Themen sind, so viel lässt sich an deren Karrieren ablesen und von diesen Karrieren lernen. Es bedarf wichtiger gesellschaftlicher Gruppen, die sehr hartnäckig und über längere Zeiträume ein Konzept verfolgen und darin nicht nachlassen; die Gewerkschaften NGG und später *ver.di* haben vor Jahren mit ihrer Kampagne für Mindestlöhne begonnen. Das Konzept muss sich für viele Menschen nachvollziehbar in eine einleuchtende Botschaft fassen lassen, um in unserer Mediengesellschaft Schneisen schlagen zu können. Und: Es muss ein Thema sein, das vielen Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennt, das sie in ihrem Alltag umtreibt.

* *Schlusskapitel – mit freundlicher Genehmigung der Autoren – aus: Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Kessler, Wolfgang Storz: Alles Merkel? Schwarze Risiken. Bunte Revolutionen. Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH, Oberursel 2008.*
<http://shop.publik-forum.de/shop/Default.asp?suchbegriff=alles+Merkel>

Ist dies der Fall, dann kann heute auch machtpolitisch von Gruppen viel erreicht werden, die nicht an der Macht sind, die nicht regieren.

Wir denken, die Zeiten sind vorbei, in denen Bürger sagten: Ich bin immer für die SPD. Ich bin immer für die Grünen. Ich bin immer für die Linke. Ich bin immer für die Gewerkschaften. Die Bürger sind jedoch für konkrete Vorhaben und Themen-Koalitionen zu gewinnen (und sogar zu mobilisieren), die – je nach Thema – sogar oft genug über die Parteien und über die gewöhnlichen einschlägigen Fronten – hier Gewerkschaften, dort Unternehmer – hinausgehen. Wir schlagen eine solche Themen-Koalition vor.

Das Auf und Ab zwischen Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise ist nicht mehr das Kernproblem, das die Politik umtreibt. Unsere Gesellschaft hat es mit einer besonderen Krise zu tun: Zunehmende soziale Spaltungen und der Raubbau an Natur und Umwelt drohen die Substanz unserer sozialen Demokratie aufzufressen: ihre Grundwerte Freiheit und Solidarität und damit sie selbst. Mit bescheidenen Maßnahmen und geringen Veränderungen ist der Wucht dieser Entwicklung nichts mehr entgegenzusetzen. Wir plädieren deshalb für zwei konkrete Riesenschritte:

- ein weiterentwickeltes Grundeinkommen, das bedingungslos bleibt und trotzdem den für viele Bürger wichtigen Wert der Anerkennung von Leistung berücksichtigt, und
- einen Ökobonus, der ökologische Vorsicht mit sozialer Rücksicht verbindet.

Beide Schritte sind verwoben mit den Konzepten des Mindestlohnes, einer einfachen Solidarsteuer und eines unbürokratischen Staats, der gebührenfrei eine in Qualität und Umfang ausreichende öffentliche Infrastruktur zur Verfügung stellt. Alle diese Instrumente wirken so zusammen, dass sie sich positiv verstärken.

Wir behaupten, dass diese Entwürfe – werden sie verwirklicht – eine ökosoziale Revolution auslösen. Dieses Gesamtkonzept ist gleichermaßen eine Antwort auf die soziale wie auf die ökologische und die demokratische Frage.

Mit einem Minimum an Entscheidungen und an bürokratischem Aufwand wird ein Maximum an gesellschaftlicher Veränderung erzeugt. Deshalb ist es per se

demokratisch: Denn es ist verständlich, einsehbar und nachvollziehbar. Dazu kommt: Politik und Bürger werden nach diesem Umbau weniger abhängig von der privatkapitalistischen Wirtschaft sein: Der Staat muss nicht länger sofort springen, sobald ein Großunternehmen auch nur die Drohung andeutet, wenn dieses oder jenes nicht gemacht werde, dann könne man ja anderswo investieren. Und nicht jeder dreckige Arbeitsplatz muss von dem angenommen werden, der dringend einen sucht. Macht wird zulasten der Wirtschaft zu Politik und Bürgern transferiert, sodass endlich die Gewichte stimmen. Die soziale Frage wird nicht länger gegen die ökologische Frage ausgespielt, im Gegenteil; der Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten wird nicht länger an der Frage eines ausreichenden Einkommens scheitern. Das Grundeinkommen hätte auch unter Gesichtspunkten der Geschlechterdemokratie positive Wirkungen, weil es Frauen unabhängiger machen würde. Wenn es das überragende Ziel linker Politik ist, mehr Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen, kann sich damit keinesfalls vertragen, dass die eine Hälfte der Menschheit weniger Chancen hat als die andere, schon gar nicht aus Anlass und unter dem Vorwand der Geschlechterdifferenz. Mit einem Grundeinkommen ist das Ziel Selbstbestimmung für die Frauen noch nicht erreicht, aber es rückt näher.

Die Werte des Kollektiven, der gesellschaftlichen Solidarität, geraten nicht mehr in Gegensatz zu persönlicher Freiheit und Autonomie – auch diese Blockade wird aufgelöst. Diese Politik macht jeden Einzelnen autonomer und berücksichtigt gleichermaßen die Interessen des Allgemeinwohls. Die Vielfalt der Gesellschaft wird gefördert, und die Einheit wird trotzdem von einem starken sozialen Band gewährleistet. Und: Dieses Konzept ist machbar. Es ist zu finanzieren, ohne dass es die wirtschaftliche und finanzielle Substanz dieser Wirtschaftsnation angreift.

Wir halten dieses Konzept auch machtpolitisch für machbar. Denn in allen Parteien, auch in beiden Kirchen gibt es – mal in kleineren, mal in größeren Gruppen – Diskussionen über diese Konzepte, teilweise schon Beschlüsse. Und das Konzept des Grundeinkommens ist hier so maßgeschneidert auf die Bedürfnisse von sozialer Sicherheit und gerechter Entlohnung für Leistung, dass auch die Gewerkschaften ihre abgründige Skepsis ablegen könnten. Noch bewegen sich Politik und Gesellschaft

eher zaghaft auf die ökosoziale Revolution zu. Dabei könnte mit ihr diese blockierte Gesellschaft bewegt werden – auch noch in die richtige Richtung.

Mit einem verwirklichten Grundeinkommen und dem Ökobonus wäre unsere Gesellschaft eine grundlegend andere, weil die Menschen und die Natur einen neuen, einen weit höheren Stellenwert erhalten. Vor allem wäre das Recht auf eine gesicherte soziale Existenz auch praktisch nicht länger ein »Arbeitnehmerrecht«, sondern ein Bürgerrecht. Nicht mehr die Arbeitnehmer im Unterschied zu Selbstständigen und Unternehmern, sondern alle Bürger mit ihren Rechten und Pflichten stünden im Fokus dieser Politik. Die formale staatsbürgerliche Gleichheit hätte ein soziales Fundament, auf dem Vielfalt und Verschiedenheit prächtig gedeihen könnten.

Das Grundeinkommen

Über die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen wird derzeit hart diskutiert. Dies liegt daran, dass nicht alle das Gleiche meinen, wenn sie diese Forderung stellen. Da gibt es Wirtschaftsliberale, die am liebsten alle Sozialleistungen durch ein geringes Grundeinkommen ersetzen würden, um die sozial Schwächeren ruhigzustellen. Oft verbinden sie ihre Konzepte noch mit der radikalen Entlastung der Arbeitgeber von Sozialkosten: Für Renten und Gesundheit sollen dann die Bürger selbst aufkommen. Alle Sozialleistungen weg, kümmerliche 600 Euro pro Monat für alle und davon noch für Rente und Gesundheit vorsorgen – diese Form eines Grundeinkommens vertieft die soziale Spaltung der Gesellschaft.

Dann gibt es das Gegenteil: die ganz große Vision. Man gebe allen Erwachsenen ein bedingungsloses monatliches Grundeinkommen von 1500 Euro, und alle können entscheiden, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgehen oder nicht. Das revolutionär Neue: Für viele wäre ein Leben ohne Erwerbsarbeit machbar. Das klingt verheißungsvoll, sorgt jedoch erst einmal für viele Fragen: Ist es gerecht, dass auch Millionäre und Wohlhabende noch zusätzlich ein Grundeinkommen erhalten, das von allen finanziert wird? Kann sich jemand vorstellen, dass diese Gesellschaft jedes Jahr weit mehr als 800 Milliarden Euro aufbringt, um allen ein Grundeinkommen zu bezahlen? Natürlich

belaufen sich die Transferleistungen staatlicher Institutionen an die Bürger bereits heute auf mehr als 700 Milliarden Euro – doch da sind Versicherungsleistungen für Rente, Krankheit und Pflege mitgerechnet, die nicht einfach für ein Grundeinkommen zur Verfügung stehen. Dazu kommt ein bedeutendes ökonomisches Problem, das gerne unterschätzt wird: Die deutsche Wirtschaft steht in einem harten globalen Wettbewerb und wird dort kaum bestehen können, wenn die Arbeitsgesellschaft durch eine Einkommensgesellschaft ersetzt wird.

Ist die Diskussion über ein Grundeinkommen also schon zu Ende, bevor sie richtig begonnen hat? Nein, beileibe nicht. Die Arbeitsgesellschaft muss auf neue Füße gestellt werden – und dazu bietet ein maßgeschneidertes Grundeinkommen eine große Chance. Dies gilt allerdings nur dann, wenn es drei Bedingungen erfüllt: Es wird ohne Bedingungen ausbezahlt. Es wird mit der Erwerbsgesellschaft verflochten – und respektiert damit im Gegensatz zu anderen Modellen stärker den Wert der Leistung. Und es ist bezahlbar, weil nur eine Minderheit das volle Grundeinkommen erhält.

Diese Bedingungen erfüllt das Modell eines Grundeinkommens nach dem Muster der negativen Einkommenssteuer. Zugegeben, der Begriff schreckt ab, doch die Grundidee ist einfach: Alle erwachsenen Bürger mit einem langjährigen Lebensmittelpunkt hierzulande, die eine Steuererklärung einreichen, erhalten vom Finanzamt ein Grundeinkommen von 750 Euro pro Monat, für Kinder werden 250 Euro ausbezahlt – wenn die Erwachsenen über keinerlei steuerpflichtiges Einkommen verfügen. Im Unterschied zu anderen Modellen eines bedingungslosen Grundeinkommens wird diese negative Einkommenssteuer aber mit der »positiven« Einkommenssteuer verrechnet. Konkret: Wie heute gibt jede Person beim Finanzamt alle steuerpflichtigen Einkommen an – sie stammen aus Löhnen, Gehältern, Honoraren, Gewinnen, Mieten, Zins- und Börsenerträgen und auch Renten. Die Steuerbelastung jeder Person ergibt sich dann aus dem Zusammenspiel von negativer und positiver Einkommenssteuer. Wie sich diese Veränderungen auswirken, zeigt das Beispiel einer fiktiven Person in vier unterschiedlichen Lebensphasen. Bei diesem Beispiel wird eine realistische Steuerprogression mit einem Mindestsatz von zehn Prozent und einem Höchstsatz von 50 Prozent unterstellt.

Elke M. ist alleinerziehend und kann keine Erwerbsarbeit annehmen, weil ihre beiden Kinder noch zu klein sind. Dann erhält sie 750 Euro für sich und je 250 Euro für die beiden Kinder – das wären 1250 Euro pro Monat. Zwei Jahre später gehen die Kinder in den Kindergarten oder in die Schule, und sie tritt eine Teilzeitstelle als Krankenschwester an. Ihr Gehalt beläuft sich auf 1200 Euro brutto monatlich. Von diesem Einkommen werden nun – als Beispiel – 20 Prozent Steuer fällig. Diese Steuersumme in Höhe von 240 Euro wird mit ihrem Anspruch von 1250 Euro negativer Einkommenssteuer verrechnet. Damit erhält sie vom Finanzamt noch 1010 Euro im Monat. Elke M. verfügt damit über ein Netto-Einkommen von insgesamt 2210 Euro (1200 Monatsgehalt plus 1010 Euro Grundeinkommen). Sind die Kinder von Elke M. erwachsen und aus dem Haus, dann könnte Frau M. eine leitende Vollzeitstelle antreten. Sie bringt ihr 3000 Euro brutto pro Monat. Bei einem Steuersatz von vielleicht 35 Prozent hat das Finanzamt einen Anspruch auf 1050 Euro Einkommenssteuer, der gegen ihren Anspruch auf 750 Euro Grundeinkommen verrechnet wird. Sie zahlt 300 Euro an den Staat – nach der heutigen Steuertabelle würden 548,66 Euro fällig. Im Rentenalter ändert sich die Situation von Elke M. wieder: Sie erhält eine Altersrente von 800 Euro, auf die vielleicht eine Steuer von 15 Prozent fällig wird – das wären 120 Euro. Sie würde dann vom Finanzamt 630 Euro (750 minus 120 Euro) erhalten – und stünde mit 1430 Euro monatlich weit besser da als heute.

Natürlich kann man auch andere Grundeinkommen für Erwachsene und Kinder wählen – je nachdem, ob Alleinstehende oder Familien mit Kindern bessergestellt werden sollen. Diese Beispiele zeigen jedoch die Vorteile einer negativen Einkommenssteuer: Menschen ohne Erwerbsarbeit erhalten ein regelmäßiges Einkommen. Und Erwerbstätige bis zu einem mittleren Einkommen werden spürbar entlastet. Aber: Je höher das Einkommen, desto stärker schmilzt der Anspruch der Einzelnen an den Staat ab. So wird dieses Konzept finanzierbar.

Dieses Konzept eines Grundeinkommens kann dabei leicht mit einem möglichst einfachem Steuersystem nach dem Vorbild der solidarischen Einfachsteuer organisiert werden, die eine Fachgruppe im Auftrag von *Attac* und *ver.di* vorgelegt hat: Danach wird jede erwachsene Person individuell betrachtet, es gibt nur noch die Steuerklasse I. Viele

steuerliche Sonderregelungen wie Freibeträge oder das Ehegattensplitting entfallen – und alle Einkommen werden einer progressiven Besteuerung unterzogen.

Chancen, Nein zu sagen

Dieser Umbau des Steuersystems für ein Grundeinkommen berührt die Sozialversicherungen zunächst nicht. Von allen steuerpflichtigen Einkommen werden bis zu einer Höchstgrenze Sozialbeiträge fällig, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer hälftig bezahlen müssen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden jedoch bald sinken, da die Arbeitslosigkeit nach dieser Veränderung kaum mehr eine Rolle spielt. Das Gleiche gilt nach einer Übergangsfrist auch für die Rentenversicherung, da das Grundeinkommen eine Mindestrente für alle darstellt. Bei der Krankenversicherung sinken die Beiträge, weil die heute kostenlose Familienmitversicherung entfällt. Diskutiert werden muss allerdings, ob Menschen, die nur Grundeinkommen beziehen, Mindestbeiträge für Krankenversorgung und Pflege bezahlen müssen – dann müsste das Grundeinkommen höher sein, als hier vorgeschlagen.

Auf den ersten Blick mutet dieses neue System technokratisch an. Doch es leitet eine soziale Revolution der Arbeitsgesellschaft ein, die drei Ziele vereint, die zurzeit auf verhängnisvolle Weise gegeneinander ausgespielt werden: Das neue System ist solidarisch, weil es einerseits niemanden hängen lässt und andererseits diejenigen stärker an der Finanzierung beteiligt, die eine höhere Last tragen können. Es stärkt das Individuum, weil es die persönliche Freiheit jedes einzelnen Menschen respektiert – und seine Wahlmöglichkeiten erhöht. Und es ist eine solidarisch-flexible Antwort auf die entsolidarisierende Flexibilität des Marktes. Dort bieten die Unternehmen heute oft nur befristete Jobs, Teilzeitarbeit oder prekäre Arbeitsplätze an, mit denen die Arbeitnehmer zu wenig verdienen und die ihre Unsicherheit erhöhen. Diesem Gegeneinander der Ansprüche an Flexibilität und sozialer Sicherung setzt das neue Grundeinkommen-System ein Ende.

Und: Das Grundeinkommen legt den Grundstein für eine neue demokratische Kultur. Die Politik signalisiert den Menschen ganz klar: Niemand wird abgeschrieben. Wir

vertrauen eurer Selbstverantwortung und eurer Kreativität. Die Politik schenkt den Menschen das Grundvertrauen, das sie heute vermissen – jetzt kann auch das Vertrauen der Bürger in die Demokratie wieder wachsen.

Ein Grundeinkommen verändert die Welt für die Menschen grundlegend: Jetzt können sich alle in jeder Lebenslage und in jedem Alter auf ein – wenn auch nicht sehr hohes – Einkommen verlassen: in der Ausbildung, in der Familie, im Beruf, bei ehrenamtlichen Bürgerarbeiten. Sie erhalten dieses Einkommen aus einem gesellschaftlich verbrieften Recht heraus und nicht – wie bisher – als Ergebnis ständiger und oft entwürdigender Kontrollen der Lebensführung durch die Sozialbürokratie. Die Einzelnen wären der Wirtschaftsmaschinerie nicht mehr auf Gedeih und Verderb ausgesetzt. Sie könnten sehr viel besser als heute Nein sagen zu unwürdigen Arbeitsbedingungen. Der Druck auf die Unternehmen würde wachsen, bessere Arbeitsplätze anzubieten. Damit Unternehmen das Grundeinkommen nicht für ein Lohndumping missbrauchen können, gehört zu dem Konzept unabdingbar dazu, dass es in allen Branchen tariflich oder gesetzlich abgesicherte Mindestlöhne gibt. Starke Gewerkschaften werden künftig so wichtig sein wie heute.

Mit anderen Worten: Dieses System eines Grundeinkommens eröffnet den Menschen weit mehr Chancen als heute, aus ihrer Rolle als funktionierende Rädchen in der Wachstumsgesellschaft auszubrechen – und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Dennoch bleiben die Gesetze der Erwerbsgesellschaft in Kraft: Wer Erwerbsarbeit leistet, verdient immer mehr als jene, die »nur« von Grundeinkommen leben.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Das Grundeinkommen ersetzt eine ganze Reihe von Sozialleistungen, aber nicht die staatlichen Dienste und die öffentliche Infrastruktur. Breite Bildungsangebote für jede Altersstufe bleiben ebenso unabdingbar wie eine engagierte Arbeitsvermittlung oder Pflegeeinrichtungen. Dennoch setzt das Grundeinkommen auch auf die eigenständige Dynamik der Menschen: Sie können kreativer leben, arbeiten und sich engagieren. Sie erhalten Lebensperspektiven, die die privatkapitalistische Marktwirtschaft heute nur denen bietet, die über hohe Einkommen verfügen. Es ist nun beispielsweise finanziell einfacher, die Erwerbsarbeitszeiten zu verkürzen, um Kinder zu erziehen oder anderen Tätigkeiten nachzugehen, wie der

Pflege von Angehörigen oder bürgerschaftlichem Engagement – solche Tätigkeiten werden durch ein Grundeinkommen besser bezahlt und aufgewertet. Es bietet so die Chance, mehrere Lebenskonzepte miteinander zu kombinieren: In bestimmten Lebensjahren mehr Kindererziehung und weniger Erwerbsarbeit, weniger Erwerbsarbeit und mehr Bürgerengagement, mehr Erwerbsarbeit in jungen Jahren und weniger in späteren. Jetzt ist der Weg frei für Eigeninitiativen, die es heute unter dem Existenzkampf der Menschen sehr schwer haben: Gemeinsame Kinderbetreuung; neue Wohnformen für Jüngere und Ältere, Mehrgenerationenhäuser, Tauschringe, Weltläden. Ein Grundeinkommen stärkt das Zusammenleben der Menschen – in welcher Form auch immer. Und: Jetzt sind auch zahlreiche unternehmerische Initiativen möglich, die heute wegen des hohen existenziellen Risikos erst gar nicht unternommen werden. Existenzgründer haben nun eine materielle Grundlage.

Damit ist das Grundeinkommen die überzeugende Antwort auf ein Problem, das erst nach und nach in das Bewusstsein von Politik und Gesellschaft dringt: die Notwendigkeit einer Politik der fließenden, aber sozial abgefederten Übergänge im Leben der Menschen. Von einer Arbeit zur anderen, von Phasen der Umschulung wieder in den Job, vom Beruf stärker in die Familie und zurück in den Beruf, von der Arbeit in den Ruhestand, über dessen Beginn die Einzelnen dann selbst entscheiden können. Heute gibt es diese Übergänge auch: Doch sie kommen abrupt und sind oft nicht abgesichert. So sind sie oft mit persönlichen Verletzungen und hohen materiellen Einbußen verbunden – nicht selten werfen sie Menschen aus der Bahn. Entsprechend groß ist die Angst der Menschen vor Veränderungen. Die Gesellschaft leidet unter Spannungen, psychische Krankheiten nehmen zu, der Druck wächst – all dies verhindert konstruktive Reaktionen auf Veränderungen. Ein Grundeinkommen lindert diese Spannungen, nimmt den Menschen ein Stück Angst. Und wird auf diese Weise zu einer zentralen Antwort auf die Herausforderungen der globalen Konkurrenz. Jetzt können die Menschen auf die ständig wachsenden Lebensrisiken durch die globale Konkurrenz selbstbestimmt reagieren, ohne sich ständig am Abgrund zu wähen. In einer Welt, die immer nur beschleunigt, wird Entschleunigung möglich.

Und das kann alles mit einem vergleichsweise geringen Aufwand an Bürokratie

bewerkstelligt werden. Vorbei sind die Zeiten, in denen für jeden Topf ein Deckel gesucht wird, vorbei ist die Welt von Hartz IV, Hilfe in besonderen Lebenslagen, Kindergeld, Bafög, Zuschüssen zur Altersteilzeit, Pflegegeld oder Ähnlichem – und alles mit ausführlicher begründeter Antragstellung, ausgiebiger Überprüfung und anschließender amtlicher Genehmigung. Vorbei ist die Zeit, in der 45 Stellen 138 Sozialleistungen verwalten.

Bleibt die Frage: Woher kommt das Geld? Die Antwort: Obwohl niemand die genauen Kosten dieser Revolution beziffern kann, wird ein großer Teil des Geldes durch Einsparungen erbracht. Das Grundeinkommen ersetzt sehr viele Sozialleistungen vom Arbeitslosengeld II bis zum Kindergeld. Es ersetzt aber nicht alle Leistungen: Spezielle Leistungen wie jene für Pflege oder im Falle von Behinderungen und Betreuung müssen bleiben. Eingespart wird jedoch viel staatliche Bürokratie, die heute überhaupt erst den Zugang zu Sozialleistungen öffnet. Zudem wird das Steuersystem viel einfacher und von einer Vielzahl von Freibeträgen und Sonderregelungen entschlackt.

Dennoch reichen diese Einsparungen zur Finanzierung eines fairen Grundeinkommens nicht aus. Die Politik braucht deshalb den Mut, mehr Geld für das Grundeinkommen zu mobilisieren: durch die Besteuerung von hohen Einkommen zur Entlastung von Armen und Geringverdienern, durch die höhere Besteuerung von Luxuskonsum und die teilweise Umwandlung hoher technologischer Produktivität in soziale Produktivität. Konkret: Die Geringverdiener werden durch die negative Einkommenssteuer entlastet. Je nach Steuerprogression bezahlen erst Bezieher von Einkommen (woraus auch immer) ab rund 50 000 Euro jährlich – bei mehr Kindern liegt die Grenze höher – mehr Steuern als heute. Gleichzeitig werden jedoch alle Beschäftigten von Sozialabgaben entlastet.

Dazu kommen jedoch weitere Einkommensquellen. Erbschaften werden höher besteuert und die Vermögenssteuer neu eingeführt. Zu diesen Einkommensquellen zählt auch ein Umbau der Mehrwertsteuer, der einen höheren Satz für teure Konsumwaren vorsieht: ein dritter Satz für den Luxuskonsum. Darüber hinaus muss die Politik die Chance nutzen und einen Teil der ungeheuren technologischen Produktivität der Wirtschaft in die Neugestaltung des sozialen und kreativen Lebens investieren. Als

Instrument dazu dient eine geringe Wertschöpfungsabgabe, die alle Unternehmen von dem Zeitpunkt an bezahlen müssen, zu dem ihre Lohnnebenkosten durch sinkende Sozialabgaben abnehmen. Diese Wertschöpfungsabgabe garantiert, dass der ungeheure Produktivitätszuwachs der Wirtschaft der gesamten Gesellschaft zugute kommt. Immerhin produzierten die Erwerbstätigen im Jahr 1991 in 59,8 Milliarden Arbeitsstunden einen Wert von rund 212 000 Euro pro Kopf. Im Jahre 2005 leisteten die Erwerbstätigen »nur« noch 55,8 Milliarden Arbeitsstunden – erwirtschafteten in dieser kürzeren Zeit jedoch 288 000 Euro pro Kopf. Die Produktivität wächst, die menschliche Arbeitskraft wird durch Maschinen ersetzt. Die Erträge dieser Produktivitätssteigerung kommen heute in erster Linie den Kapitaleignern zugute.

Das System eines Grundeinkommens, das auch über eine Wertschöpfungsabgabe finanziert wird, bricht mit dieser verhängnisvollen Spaltung in Produktivitätsgewinner, die Unternehmer, und Produktivitätsverlierer, die Beschäftigten und die Erwerbslosen. Mit dieser Abgabe wird wenigstens ein Teil der zunehmenden wirtschaftlichen Produktivität in die Kreativität der Gesellschaft investiert: Arbeitsintensive Dienstleistungsbetriebe werden von der Wertschöpfungsabgabe kaum erfasst, aber von sinkenden Sozialabgaben entlastet; das Grundeinkommen wertet Menschen, die heute ausgegrenzt werden oder mit geringem Einkommen ums Überleben kämpfen, ebenso auf wie alle, die sich für die Gesellschaft engagieren wollen. Das Grundeinkommen versöhnt eine Gesellschaft, die heute immer weiter gespalten wird – und ermöglicht ihr flexible und gelassene Reaktionen auf die kommenden globalen sozialen und ökologischen Umwälzungen.

Der Ökobonus

Das Grundeinkommen ist die entscheidende Antwort auf die soziale Herausforderung, aber die ökologischen Umwälzungen sind damit nicht bewältigt. Und diese Umwälzungen werden gewaltig sein. Einwohnerreiche Schwellenländer wie China, Indien, Indonesien oder Brasilien steigern ihr Wirtschaftswachstum und brauchen dafür immer mehr Rohstoffe – die reichen Industrienationen sparen nur wenig ein. Dadurch

steigen die Preise vor allem für nichterneuerbare Ressourcen. Auf diese Preissteigerungen, die sich kaum aufhalten lassen, sind die Volkswirtschaften der Industriegesellschaften nicht vorbereitet. Die ökologische Frage wird zu einer sozialen Frage. Denn jede strenge Umweltpolitik erhöht die Preise ressourcenverschwenderischer Produkte und trifft damit die sozial Schwachen besonders hart. Hat die Gesellschaft also nur noch die Wahl zwischen Umweltzerstörung und Armut? Die Antwort lautet: Nein. Es gibt eine Alternative: den Ökobonus – ein System von ökologischen Abgaben, das die Belastungen der Haushalte zunächst erhöht und dann die Einnahmen aus den Abgaben an die Menschen wieder auszahlt.

Machen wir es konkret: Der Preis für einen Liter Sprit wird erhöht, für den Liter Heizöl und den Kubikmeter Erdgas auch. Der Preis einer Kilowattstunde Strom steigt, und auf Flugtickets wird eine Ökoabgabe erhoben. Dazu kommt eine Abgabe auf den Flächenverbrauch. Unterstellen wir für einen Augenblick, durch die Ökoabgaben kämen 20 Milliarden Euro pro Jahr zusammen. Darin werden viele Bürgerinnen und Bürger zunächst eine miese Abzocke sehen. Bis zu dem Augenblick, in dem die Regierung beschließt, die Einnahmen aus den ökologischen Abgaben an alle Bürger – vom Baby bis zum Greis – zurückzuzahlen. Denn jetzt hat jede Bürgerin und jeder Bürger einmal im Jahr einen Ökobonus von 250 Euro zu erwarten – bei zwei Erwachsenen und drei Kindern sind es 1250 Euro. Und spätestens dann wissen alle, wie sie am besten von diesem System profitieren. In diesem Augenblick beginnt die ökosoziale Revolution. Die größten Gewinner sind die Haushalte, die mit dem geringsten Energieverbrauch auskommen: Wer wenig Strom und Sprit verbraucht, viel spart, mit der Sonne heizt, wenig Auto fährt, aufs Fahrrad umsteigt, Fahrgemeinschaften organisiert, Bahn fährt und nicht fliegt, wird im kommenden Jahr mehr vom Staat herausbekommen, als sie oder er über die Ökosteuer an den Staat bezahlt hat. Dieses Ökosteuersystem belohnt diejenigen, die Energie und Ressourcen sparen – und gleicht soziale Härten aus. Der Ökobonus belohnt das ökologische Wirtschaften und setzt neue Anreize: Jetzt werden die Unternehmen sich darum reißen, möglichst energiesparende Techniken anzubieten. Haushalte und Unternehmen werden energiesparende Geräte kaufen – und Solarzellen,

Sonnenkollektoren und Blockheizkraftwerke erwerben. Sie werden vom Auto auf Bahn und Busse umsteigen, wie sie dies im ersten Halbjahr 2008 bereits getan haben: Schon geringere Preissteigerungen reichten aus, damit die Menschen 20 Millionen zusätzliche Bahnfahrkarten kauften. Und bei höheren Preisen werden ökologische Angebote wie Pilze aus dem Boden schießen: Zwei-Liter-Autos, neue Bahnstrecken, mehr Busverbindungen, stromsparende Kühlschränke und Waschmaschinen. Städte und Dörfer werden so planen, dass die Arbeitsplätze möglichst nahe bei den Wohnungen liegen, und Unternehmen werden näher bei ihren Kunden produzieren. Der Ökobonus leitet die ökologische Revolution ein, weil er zugleich die soziale Frage löst.

»Dass der Ökobonus praktikierbar ist, beweist schon seit neun Jahren der Schweizer Kanton Basel-Stadt«, schreibt der Fachjournalist Bernward Janzing in *Publik-Forum*. »Als sogenannte Lenkungsabgabe wurde dort im April 1999 die Steuer auf Strom erhöht, und seither bekommt jeder Bürger, egal wie alt, jährlich einen Betrag ausbezahlt, der sich aus der Höhe der Einnahmen ergibt. Für 2007 sind das 60 Schweizer Franken pro Kopf, umgerechnet rund 40 Euro. Anspruch auf den Bonus hat, wer jeweils am 15. Dezember des Vorjahres als Einwohner der Stadt Basel registriert war. Der Bonus wird ohne Zutun der Bürger automatisch etwa Mitte eines jeden Jahres überwiesen.«

Und auch für die Basler Betriebe gibt es bares Geld: Die von den Unternehmen erhobene Lenkungsabgabe (etwa 40 Millionen Franken pro Jahr) wird nämlich an die Unternehmen wieder ausgeschüttet. Der Bonusbetrag bemisst sich an der Lohnsumme eines jeden Unternehmens und belief sich in den letzten Jahren auf jeweils etwa 0,5 Prozent der Lohnsumme. Auch dabei gewinnt, wer sparsam mit Strom umgeht. »Baslerinnen und Basler werden dafür belohnt, dass sie im Kanton Basel-Stadt wohnen, Betriebe dafür, dass sie Arbeitsplätze anbieten«, wirbt das Amt für Umwelt und Energie im Baudepartement des Kantons. Bei alledem werden die Verwaltungskosten des Projektes in Basel allein durch die Zinserträge finanziert: Weil der Kanton das Geld während des Jahres stetig einsammelt, es aber erst nachträglich ausschüttet. Deshalb sage niemand, der Ökobonus sei nicht finanzierbar: Ausgeschüttet wird nur das Geld, das durch Abgaben hereinkommt. Und wenn es nicht zu einer überbordenden Bürokratie führt, könnte man das System noch sozialer machen: indem nur Personen

den Ökobonus erhalten, die weniger als 60 000 Euro pro Jahr verdienen. Für diese wäre der Betrag dann höher.

Dieses System des Ökobonus schafft die ökologische Wende: Es verteuert die alte Wirtschafts- und Lebensweise, die viele Ressourcen verschlingt und keine Zukunft hat. Stattdessen belohnt es eine ökologisch nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise. Hat sich dieses System erst einmal etabliert, dann leitet es den ökologischen Umbau der Volkswirtschaft ein – ohne die sozialen Risse in der Gesellschaft zu vertiefen.

Genug vom Mehr

Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen und dem Ökobonus werden die Weichen für eine nachhaltige Gesellschaft gestellt, die für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet ist. Das Grundeinkommen sorgt für ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Die Menschen können nun auf die unvermeidbaren Brüche der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung kreativ und flexibel reagieren, ohne dass sie ständig um ihr Einkommen und das ihrer Kinder und Enkel fürchten müssen. Die Produktivität des Wachstumssystems selbst wird in die Veränderung dieses Wachstumssystems investiert – aus einer scheinbar unkontrollierbar rollenden Maschinerie, die ungeheure soziale Konflikte produziert, wird ein flexibles, veränderbares System, das die Menschen gestalten können, weil sie sich selbst kreativ entfalten können. Jetzt können viele Menschen einen Lebensstil pflegen, der mehr dem Sein als dem Haben, mehr dem »Genug« statt dem »Immer mehr« folgt. Die Politik hat Geld und Macht an die Menschen zurückgegeben, sodass diese den großen Herausforderungen selbstbewusst begegnen können. Die neuen Verhältnisse sorgen dafür, dass der Staat und die Wirtschaft den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Dass diese Entwicklung auch ökologisch nachhaltig verläuft, dafür sorgt das System des Ökobonus. Es setzt klare Anreize für die Unternehmen und für die Bürger. Jetzt sparen sie so viel (fossile und atomare) Energie wie möglich; jetzt investieren sie in energiesparende Maschinen, Autos und Haushaltsgeräte; jetzt fließt Geld in erneuerbare Energieträger, in eine ökologische Landwirtschaft, in ein umweltgerechtes

Verkehrssystem und in die Erneuerung von Dörfern und Städten. Die Wirtschaft wird umweltverträglicher – und unabhängiger vom internationalen Kampf um Rohstoffe.

Und die Wirtschaft verändert sich grundsätzlich: Jetzt ist es nicht mehr rentabel, Joghurt 9200 Kilometer durch Europa zu transportieren, bevor er irgendwo in Deutschland ausgelöffelt wird. Die regionale Wirtschaft wird an Bedeutung gewinnen. Nicht mehr kurzlebige Massenprodukte mit hohem Energieverbrauch sind das Maß aller Dinge, sondern langlebige Produkte, die recycling- und reparaturfähig sind.

Dadurch verändert sich nicht nur die Produktion. Es entsteht eine Dienstleistungswirtschaft: Ein breites Reparaturgewerbe etabliert sich, denn langlebige Produkte werden nicht weggeworfen, wenn sie kaputtgehen. Wertvolle Konsumgüter wie Autos, Kameras, Gefrierschränke oder Waschmaschinen sind nach wie vor wichtig, doch nicht jede Person wird jedes Konsumgut besitzen, um es zu nutzen. Es bildet sich eine Teilhabegesellschaft. Wie beim Car-Sharing schon heute, werden Produkte geteilt oder geleast, wenn man sie benötigt. Die neue Losung lautet: Nutzen, ohne zu besitzen. Und es sage niemand, dies wäre eine Gesellschaft im Arbeitsnotstand. Auch jetzt gibt es noch einen hoch produktiven Wirtschaftssektor für die Grundversorgung – allerdings mit ressourcensparender Produktionsweise. Doch klar ist auch: Es wächst eine nachhaltige Dienstleistungswirtschaft heran, die mehr Menschen beschäftigt als die kapitalintensive Massenproduktion.

Diese Wege führen in eine Wirtschaft, die auch künftigen Generationen noch die Freiheiten und das hohe Lebensniveau bieten kann, das die gegenwärtigen Generationen für sich beanspruchen. Und dies, ohne die Umwelt hier und anderswo und die Menschen in anderen Teilen der Welt dafür zu ruinieren.

Links, liberal, grün – neu addiert

Wir glauben, dass dieses Konzept der konkreten Riesenschritte hin zu einer ökosozialen Revolution viele Menschen faszinieren wird. Grundeinkommen und Ökobonus bieten einleuchtende und einfache Antworten auf Probleme, die dieser Gesellschaft auf den Nägeln brennen. Wenige und dabei sehr nachvollziehbare Entscheidungen erzeugen

ein Maximum an gesellschaftlicher Veränderung, ohne dass die Menschen einer wachsenden Fremdbestimmung durch den Markt oder durch die staatliche Bürokratie unterworfen werden. Diese ökosoziale Revolution sorgt für eine politische Erneuerung, weil sie Ideale vereint, die gegenwärtig von verschiedenen politischen Kräften vertreten werden.

Es handelt sich um ein linkes Konzept, weil es die solidarische Umverteilung von wirtschaftlichem Reichtum zugunsten der sozial Schwächeren vorsieht. Gleichzeitig nimmt dieses neue linke Konzept jedoch das Individuelle, die Freiheit und die Souveränität des einzelnen Bürgers genauso wichtig wie das Kollektive, die Solidarität in der Gesellschaft. Aus diesem Grund ist es auch ein liberales Konzept, denn die individuellen Freiräume werden größer – und dies nicht nur für die Wenigen, die sich diese Freiräume heute schon auf dem Markt kaufen können, sondern für viel mehr Bürger. Und es handelt sich um ein grünes Konzept. Denn der Ökobonus sorgt für den umweltgerechten Umbau der Wirtschaft – und belohnt einen ökologischen Lebensstil. Das Konzept ist so ökologisch, dass es die Wirtschaft auf eine Zukunft mit knappen Ressourcen vorbereitet – gleichzeitig sorgt es dafür, dass möglichst viele Menschen diesen Weg mitgehen können, die durch höhere Preise für die Umwelt überfordert wären. Deshalb ist das Konzept in seinem Kern (wert)konservativ, weil es die Industriegesellschaft verändert, um die Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen bewahren zu können.

Grundeinkommen und Ökobonus legen ein neues soziales, ökologisches und demokratisches Fundament für diese Republik. Sie eröffnen damit eine ganz große Chance: Nämlich dieser gelähmten Gesellschaft über die herrschenden politischen Lager hinaus neues Leben einzuhauchen. Und dies, weil ein Weg in die Zukunft sichtbar wird, für den es sich zu kämpfen lohnt.